

»Wir wollen kein kriegstüchtiges Land«

In Zwickau hat sich der Stadtrat gegen Bundeswehr-Werbung ausgesprochen. Ein Gespräch mit Bernd Rudolph

Wie ist es Ihnen gelungen, den Beschluss gegen Bundeswehr-Werbung in Zwickau durchzusetzen? Welche Schritte und Argumente waren wichtig?

Die Grundlage ist sicher ein tief verwurzelter Wunsch nach Frieden in der Stadtgesellschaft. Auch wenn er unter dem Eindruck der allgemeinen Militarisierung unter Druck gerät, ist er offenbar noch stark genug, um solche Beschlüsse zu ermöglichen. Unterschiedliche politische Strömungen



Bernd Rudolph ist Vorsitzender der BSW-Fraktion im Stadtrat Zwickau

auch darin zum Ausdruck, dass die im Stadtrat in einer Fraktion vereinten Vertreter von Die Linke, SPD, Grünen und FDP unserem Antrag nicht zustimmten und statt dessen zu den stärksten Kritikern zählen. Die Hinwendung breiter Bevölkerungsschichten zur AfD als vermeintliche Friedenspartei kann so nicht verstanden werden.

Was würden Sie an anderen Städten oder Gemeinden empfehlen, die ähnliche Beschlüsse gegen Bundeswehr-Werbung anstreben?

Sie müssen ein dickes Fell haben und dürfen sich nicht durch Hetze und Diffamierung abschrecken lassen. Der Frieden ist in unserem Land in die Defensive geraten. Da ist es um so wichtiger, konsequent und entschlossen für ihn einzutreten und sich mehr zu vernetzen. Weil ohne ihn die Menschheit keine Zukunft hat.

Würden Sie oder andere Vertreter der Friedensbewegung selbst Werbeflächen auf den Straßenbahnen buchen?

Über die Option, als Fraktion eine Dauerwerbung auf Straßenbahnen zu schalten, haben wir noch nicht nachgedacht. Meist machen Parteien ja nur vor Wahlen Werbung, und die Verkehrsbetriebe sind an langfristigen Verträgen interessiert. Und ob die Friedensbewegung, um die es ja in diesen Zeiten nicht gut bestellt ist, dafür Mittel hätte? Was wir für sehr nützlich halten, wäre Werbung für zivile Hilfsorganisationen, wie das DRK oder das THW. Auch hier werden dringend Menschen gesucht, die sich engagieren. Ich vermute, diesen Organisationen steht nicht ansatzweise ein Werbeetat zur Verfügung wie der Bundeswehr. Warum eigentlich? Diese Frage sollte man sich stellen. Gerade, wenn so getan wird, als wäre die Bundeswehr originär für den Katastrophenschutz zuständig. Sie ist es nicht. Es sind andere, denen für ihren Einsatz bei weitem weniger politische Aufmerksamkeit zuteil wird.

Macht es für die Verkehrsbetriebe einen Unterschied, wer Werbung schaltet?

Auf Anfrage wurde uns mitgeteilt, man mache bei allen Anzeigen, die nicht offensichtlich rechts- oder sittenwidrig seien, keinen Unterschied. Allerdings gibt es vor dem Vertragsabschluss mit der Bundeswehr dem Vernehmen nach eine Abstimmung mit der Stadtspitze. Ganz wohl war der Geschäftsführung offenbar nicht bei der Sache. Letztlich gab die Aussicht auf gute Einnahmen wohl den Ausschlag. **Interview: Carmela Negrete**



Straße freigeprügelt. Mehr als 1.000 Menschen haben am Sonnabend in Berlin-Mitte gegen einen Neoziaufmarsch protestiert. Mehrfach gelang es, die Demonstration durch Sitzblockaden zu stoppen (Bild). Die Polizei setzte Pfefferspray ein, um den Faschisten den Weg frei zu räumen. Mehrere Antifaschisten wurden festgenommen. Der Anmelder der Demonstration »gegen linken Extremismus«, ein ehemaliger AfD-Politiker, hatte bereits im Dezember einen Aufmarsch in Berlin organisiert. Dabei hatten anreisende Faschisten SPD-Mitglieder verletzt. (IW)

Israel schickt Panzer in Westbank

Palästina: 40.000 Palästinenser aus nördlichem Westjordanland vertrieben. Netanjahu stoppt Übergabe von 620 Gefangenen

Erstmals seit 2002 ist Israel wieder mit Panzern in das besetzte Westjordanland eingedrungen. Am Sonntag kursierten Bilder von drei Panzern, die bei Dschenin im Einsatz waren. Die israelische Armee bestätigte in einer Mitteilung auf der Plattform X, dass eine Panzereinheit in der Stadt »als Teil der Angriffsmaßnahmen vorgehen« werde, wie *AFP* berichtete. Verteidigungsminister Erbe Katz teilte zudem mit, er habe das Militär angewiesen, sich auf einen »längeren Aufenthalt« vorzubereiten. Die »Operationen« in den palästinensischen Flüchtlingslagern von Dschenin, Tulkarem und Nur Al-Schams im nördlichen Westjordanland sollten ausgeweitet werden. 40.000 Palästinenser seien aus den Lagern bereits vertrieben worden, berichtet *Reuters*

am selben Tag. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA sei zudem angewiesen worden, seine Aktivitäten in den Lagern einzustellen. Am Donnerstag waren in Tel Aviv drei Busse explodiert, ohne dass dabei jemand zu Schaden kam. Premierminister Benjamin Netanjahu nutzte dies als Vorwand und kündigte einen »intensiven« Militäreinsatz in dem besetzten Gebiet an.

Ebenfalls als Vorwand nutzte er am Wochenende »demütigende« Hamas-Inszenierungen bei der Übergabe von Geiseln, um die für Sonnabend geplante Freilassung von 620 palästinensischen Gefangenen zu stoppen. Sein Land sei bereit, die Kämpfe im Gazastreifen »jederzeit« wiederaufzunehmen; man erreiche die Ziele des Krieges »auf dem Verhandlungsweg

oder mit anderen Mitteln«, zitierte ihn *Al-Dschasira* zudem am Sonntag. Zuvor hatte die Hamas, wie in dem Waffenruheabdeal zwischen den beiden Kriegsparteien vereinbart, sechs von ihr als Geiseln im Gazastreifen festgehaltene Menschen freigelassen. Die Organisation veröffentlichte auch ein Video, in dem zu sehen war, wie die zwei weiteren Geiseln Eyiyatir David und Guy Gilboa-Dalal sich die Geiselübergabe als Zuschauer ansehen und dabei Netanjahu anflehen, ihre Freilassung zu erwirken. Nach Bekanntgabe der Verletzung des Abkommens durch Israel sagte der hochrangige Hamas-Vertreter Bassem Naim am Sonntag gegenüber *AFP*, Israel setze durch sein Handeln »das gesamte Abkommen großer Gefahr« aus.

Mawuena Martens

NACHRICHTEN

Frankreich: Minister macht sich Angriff zunutze

Mulhouse. Frankreichs Innenminister Bruno Retailleau hat am Sonntag nach einem mutmaßlichen Anschlag im elsässischen Mulhouse Konsequenzen gefordert. Sogenannte gefährliche ausreisepflichtige Menschen will er künftig bis zur Abschiebung in Haft halten. Am Sonnabend hatte den Angaben zufolge ein Algerier mehrere Menschen in der Stadt nahe der Grenze zu Baden-Württemberg mit einem Messer und einem Schraubenzieher angegriffen. Eine Person starb. Da Algerien die Abschiebung des mutmaßlichen Täters blockiert hatte, droht der Minister dem Land nun mit verschärften Visaregeln und der Abschaffung von Sonderrechten für Menschen aus der früheren französischen Kolonie. (dpa/IW)

Afghanistan: Zwei Radiosender arbeiten wieder

Kabul. Zwei Radiostationen in Afghanistan dürfen ihren Sendebetrieb unter

Auflagen der regierenden Taliban wieder aufnehmen. Dies teilte das Informations- und Kulturministerium des Landes am Sonnabend mit. Es handelt sich dabei um den Frauensender *Radio Begum* sowie das *Radio Dschawanjan* für Jugendliche. Die Behörde hatte den Sendern zuvor vorgeworfen, ihre Betriebslizenzen missbraucht und mit verbotenen ausländischen Medien zusammengearbeitet zu haben. Beide Sender hätten versprochen, in ihren künftigen Sendungen die Regeln der Regierung zu befolgen, hieß es weiter. (dpa/IW)

Energiekosten seit 2022 stark gestiegen

Heidelberg. BRD-Haushalte zahlen drei Jahre nach dem Abbruch der Lieferbeziehungen mit Russland im Schnitt 31 Prozent mehr für Energie als noch 2021. Dies geht aus einer Analyse des Vergleichsportals Verivox hervor. Ein durchschnittlicher Dreipersonenhaushalt muss aktuell 5.407 Euro im Jahr für Energie aufbringen. Im Jahr 2021 waren es noch 4.121 Euro. Pro Haushalt wurde

eine Gas- oder Ölheizung mit einem Wärmebedarf von 20.000 Kilowattstunden (kWh), ein Stromverbrauch von 4.000 kWh und eine Pkw-Fahrleistung von 13.300 Kilometern angenommen. Haushalte mit Fernwärme oder Wärmepumpen wurden nicht berücksichtigt. (dpa/IW)

Demos in Hamburg und Freiburg

Hamburg/Freiburg. Einen Tag vor der Bundestagswahl sind in Hamburg und Freiburg erneut Tausende Demonstranten gegen rechts unterwegs gewesen. In Hamburg zählte die Polizei am Sonnabend in der Spitze insgesamt 40.000 Teilnehmer. Das sei etwa die Hälfte der Zahl, die laut Polizei zuvor von den Veranstalter erwartet worden war. Zu dem ersten Protestzug, der am Mittag startete, hatte ein Bündnis unter dem Titel »Wir lassen uns nicht spalten: Hamburg wählt Zusammenhalt« aufgerufen. Im badischen Freiburg demonstrierten am Sonnabend nach Polizeiangaben 20.000 bis 25.000 Menschen. (dpa/IW)